

Was macht die DKP Hattingen 2013? Klassenkampf!

Jahreshauptversammlung der DKP-Kreisorganisation Hattingen



Die DKP-Kreisorganisation Hattingen setzt auf Teamarbeit: Als Sprecherrat wurden gewählt Dieter Zänger, Richard Bregar, Peter Borchers (v.l.n.r.)

Die anwesenden Mitglieder der Jahreshauptversammlung der DKP-Kreisorganisation Hattingen haben sich für Teamarbeit entschieden. Statt eines Vorsitzenden/einer Vorsitzenden wurde ein Sprecherrat gewählt, der zukünftig die Leitung und Organisation der DKP in Hattingen übernimmt. Allerdings ist diese Form der Leitung bereits in der Vergangenheit erprobt und hat sich bewährt. Gewählt bzw. im Amt bestätigt wurden Dieter Zänger, Richard Bregar und Peter Borchers. Neben den organisatorischen Tagesordnungspunkten wie den Wahlen wurden insbesondere die zukünftigen Vorhaben diskutiert und geplant. Schwerpunkte für 2013 sind:

- ★ Unterstützung der Arbeit der Stadtverordneten für die Partei „Die Linke“ in den Stadträten von Hattingen und Sprockhövel
- ★ Bildungsarbeit und Aktionen zu Themen wie Rentendeckelung und Altersarmut, Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungssituation vor Ort
- ★ Unterstützung betrieblicher/gewerkschaftlicher Aktivitäten, die für Verbes-

serung der Arbeitsbedingungen stehen, unter anderem gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung kämpfen

★ Inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen 2014

Die DKP Hattingen positioniert sich bei diesen Arbeitsvorhaben als eigenständige, politische Kraft und setzt Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

Die Genossinnen und Genossen der DKP sind sich einig: Die von einem unverschämte gierigen System drangsalierten und weiter verarmenden Bürger der hochverschuldeten Kommune Hattingen müssen im Widerstand unterstützt werden. Dafür ist eine vierzehntägige Montagsrunde, jeweils in der geraden Kalenderwoche, ab 18.30 Uhr eingerichtet. Treffpunkt ist das Stadtverwaltungsgebäude am Markt im Hattinger Stadtteil Welper. GenossInnen der DKP sowie zwei Stadtverordnete aus Hattingen und Sprockhövel informieren und diskutieren mit interessierten BürgerInnen.

DKP Hattingen

Wismar bietet Faschisten die Stirn

Trotz massiver Polizeigewalt konnte der Naziaufmarsch verkürzt werden

Über 700 Menschen protestierten vergangenen Samstag gegen einen Aufmarsch der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) im nordwestmecklenburgischen Wismar. Die JN ist die Jugendorganisation der faschistischen NPD, welche im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 6 Mandate hat. Mit einer Demonstration und mehreren Sitzblockaden wurde eine massive Verkürzung der Naziroute erzwungen. Im Vorfeld bereits gründete sich das Bündnis „Kein leben ohne Freiheit – JN und NPD bekämpfen“, bestehend aus diversen antifaschistischen Gruppen aus Mecklenburg-Vorpommern. Hinzu kam noch das Bündnis „Wismar Nazifrei“ hinzu, welches vor allem von Jugendverbänden getragen wird.

Leider wurde es seitens der Bündnisse nicht geschafft, eine Blockade der Nazi-Demo zu organisieren. Lediglich eine Demonstration durch ein menschenleeres Gewerbegebiet mit anschließendem, obligatorischen „Demokratiefest“ wurde genehmigt – alles fernab der Nazidemonstration. So wurde das Ziel des Bündnisses, nämlich den Aufmarsch in Sicht- und Rufweite zu stören, von Anfang an ad absurdum geführt. Vielen AntifaschistInnen war dieser rein symbolische Protest nicht genug und so wurde die Demonstration kurzerhand abgekürzt und einige Hundert bewegten sich in Richtung Innenstadt.

Schlagstöcke, Tritte und Würgegriffe Dort versuchte die Polizei mit allen Mitteln den öffentlichkeitswirksamen Protest zu verhindern. Trotzdem gelang es rund hundert Menschen mehrere Sitzblockaden zu bilden. Auch hier fiel



die Polizei durch einen brutalen und unverhältnismäßigen Einsatz auf. Obwohl die Blockaden friedlich waren, mussten drei Menschen nach Misshandlungen der Polizei ins Krankenhaus eingeliefert werden. Einer Person wurde, obwohl sie schon am Boden lag, so stark ins Gesicht getreten, dass sie mehrere Stunden bewusstlos war und stationär behandelt werden musste. Auch von verbotenen Würgegriffen wurde berichtet, Pressearbeit wurde massiv behindert, Dienstnummern nicht heraus gegeben. Es kam massenhaft zu Anzeigen und zu 127 Verhaftungen.

Hieran zeigt sich wieder wie wichtig einerseits breite Bündnisse und andererseits konsequente antifaschistische Kräfte in diesen Bündnissen sind. Dadurch, dass es nicht geschafft wurde mit allen demokratischen Kräften zu Blockaden zu mobilisieren, wurde der Protest enorm erschwert. Während SPD, „Die Linke“ und Grüne ihren Protest auf dem „Demokratiefest“ feierten,

waren es zumeist parteilose Jugendliche in den Sitzblockaden, die den Faschisten die Stirn geboten und ihren Aufmarsch damit zur Verkürzung gezwungen haben. Bedingt durch die fehlende Aktionseinheit fällt es der Polizei und Justiz leicht den Protest in „gut“ und „böse“ zu stigmatisieren und das Vorgehen der Polizeitruppen zu rechtfertigen. Unterm Strich war es jedoch ein erfolgreicher Protest. 700 Menschen auf der Straße gegen Nazis und dazu mehrere Blockaden, das ist für die mecklenburgischen Verhältnisse etwas Besonderes. Auch das Zeichen an die knapp 300 Faschisten, dass sie nämlich nicht überall ohne Probleme demonstrieren können, ist wertvoll. Allerdings war der Preis dafür hoch und es zeigt sich, wie wichtig unsere Arbeit als KommunistInnen in antifaschistischen Bündnissen ist und, dass sie in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft noch intensiver stattfinden muss. TB

Kampf gegen Berufsverbote – Kampf für Demokratie

Konferenz in Köln: Neue Ansätze und neues Engagement

Am 20. Oktober fand in Köln eine Konferenz der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“ statt. Vor dem Hintergrund der nahezu täglichen Skandale des Inlandgeheimdienstes (sog. „Verfassungsschutz“) arbeitete die Konferenz heraus: Die Berufsverbote und die Schnüffelpraxis des Dienstes haben nichts an Aktualität verloren. Die Konferenzteilnehmer waren sich aber einig, dass die Zusammenhänge wieder offensiver vermittelt werden müssen, damit „das nicht solche alten Geschichten bleiben“, wie Klaus Lipps (Baden-Baden) von der Initiative betonte.

Zur historischen Einschätzung des Inlandgeheimdienstes und seiner Führung wurde an die Einbindung alter Nazis in den Dienst erinnert. Hubert Schrübbers war 1955 der erste Präsident dieses Geheimdienstes. Der Jurist war Mitglied des SA-Sturms Münster und unter den Nazis Staatsanwalt und schließlich Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht (OLG) Hamm. Er klagte rassistisch und politisch Verfolgte an. Die Jüdin Anna Neubeck starb im KZ Auschwitz. Seine Karriere setzte er nach dem Krieg fort: Bundesanwalt am Bundesgerichtshof, Generalstaatsanwalt am OLG Düsseldorf. Am 1. August 1955 wurde der Altnazi dann Präsident des „Bundesamtes für Verfassungsschutz“. Auf der Seite der Rechtsprechung gab es zum Beispiel Willi Geiger, 27 (sic!) Jahre lang Richter am Bundesverfassungsgericht. Im Faschismus war Geiger Jurist beim Sondergericht Bamberg. Er wirkte an mehreren Todesurteilen mit.

„Verfassungsschutz“?

Übereinstimmend wurde in der Konferenz festgestellt, dass der Inlandgeheimdienst, der unter der irreführenden Bezeichnung „Verfassungsschutz“ firmiert, sich über Jahre verbergen und mit einem demokratischen Mäntelchen tarnen konnte. Nach der geheimdienstlichen Vorbereitung des KPD-Verbotes gerieten seine Machenschaften im

großen Stil bei der Bespitzelung von Millionen Bundesbürgern und bei der Vorbereitung der Berufsverbote ins Scheinwerferlicht. Die Gerichte griffen nahezu ohne Ausnahme auf die Spitzelergebnisse des Geheimdienstes zurück, ohne die Spitzel jemals als Zeugen zu benennen. Die Observierung der Friedensbewegung sowie die fehlende Beobachtung und gleichzeitige Bezahlung von Neonazis bilden das vorläufige Ende der Skandal-Chronik. Die Schlussfolgerung auch dieser Konferenz war eindeutig: Dieser Geheimdienst gehört aufgelöst.

Übereinstimmung gab es bei den Teilnehmern aus fast allen Bundesländern der alten BRD darin, dass das Thema „Berufsverbot“ nicht mehr isoliert politisch in seiner historischen Dimensi-

on betrachtet werden dürfe. Erinnert wurde an den aktuellen und mehrfach modifizierten Einstellungsfragebogen in Bayern, bei dem Kandidaten für den öffentlichen Dienst angeben sollen, wo sie sich organisieren – eine Steilvorlage für den Geheimdienst, die mit Angst und Duckmäusertum verbunden ist. Die widersprüchliche Bewertung der „Erkenntnisse“ des Geheimdienstes durch die Gerichte machte deutlich, dass er nicht immer in vollem Umfang Herr der Lage ist. So wurde die Gesinnungsprognose zur Verfassungskonformität eines Bewerbers davon abhängig gemacht, ob er sich als Beamter oder Angestellter bewarb. In Bremen („Rot“-Grün regiert) wurde mit dem Koalitionsvertrag vom 10.11.2011 beschlossen, dass das bisherige Vorgehen eingestellt werden muss und sogar eine ideelle Entschädigung angedacht ist. Umgekehrt wurde festgestellt, dass in Baden-Württemberg der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann Bürger durch den Geheimdienst bis ins hohe Alter bespitzeln lässt, obwohl er 1975 selber von der Praxis der Berufsverbote betroffen war. Kretschmann hatte als Student an der Uni Hohen-

Widerstand formiert sich

Parlamentarische Bewegung gab es aktuell nicht nur in Bremen. Im Bundestag gab es eine Initiative der Partei „Die Linke“. Die Grünen haben eine Anfrage angekündigt. In Niedersachsen kommt ein Antrag in der Woche vom 7.–11. November ins Landesparlament. Sogar der Stadtrat und ein Bezirksrat haben sich in Hannover mit großer

Mehrheit gegen die Berufsverbote ausgesprochen. In NRW hat es Vorgespräche zwischen dem Innenpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion und der GEW-NRW gegeben. MdB Katja Dörner (Bündnis 90/Grüne) kündigte einen Brief an Ministerpräsidentin

Hannelore Kraft (SPD) an.

Rechtsanwalt Alfred Bongard, Köln, zeigte auf, dass die augenblickliche Situation nicht „alternativlos“ sei. Wenn verschiedene Politiker sich aus der Verantwortung zögen mit dem Hinweis, sie könnten nicht in die Rechtsprechung der Gerichte eingreifen, dann sei dies eine Ausflucht. Durch neue Gesetze könne alte Rechtsprechung aufgehoben werden. Auf diese Weise wurden Todesurteile aus der NS-Zeit für ungültig erklärt – wenn auch erst nach mehr als 50 Jahren. Homosexuelle wurden rehabilitiert. Urteile gegen Deserteur der Nazi-Wehrmacht wurden aufgehoben – wenn auch erst im Jahr 2002. Genauso könne der rechtliche Rahmen zu den Berufsverboten verändert werden – einschließlich Rehabilitation und Entschädigung für die Opfer. Die Teilnehmer der Konferenz sammelten rund 50 Themen, mit denen sie regional und überregional arbeitend aktiv werden wollen. Nicht nur der Bundespräsident wird in absehbarer Zeit Post bekommen. Die nächste Konferenz wird es Ende Mai 2013 in Hannover geben. Dann steht die Bundestagswahl bevor.

Uwe Koopmann

Grundrechte verteidigen! Weg mit dem ...



on betrachtet werden dürfe. Erinnert wurde an den aktuellen und mehrfach modifizierten Einstellungsfragebogen in Bayern, bei dem Kandidaten für den öffentlichen Dienst angeben sollen, wo sie sich organisieren – eine Steilvorlage für den Geheimdienst, die mit Angst und Duckmäusertum verbunden ist. Die widersprüchliche Bewertung der „Erkenntnisse“ des Geheimdienstes durch die Gerichte machte deutlich, dass er nicht immer in vollem Umfang Herr der Lage ist. So wurde die Gesinnungsprognose zur Verfassungskonformität eines Bewerbers davon abhängig gemacht, ob er sich als Beamter oder Angestellter bewarb. In Bremen („Rot“-Grün regiert) wurde mit dem Koalitionsvertrag vom 10.11.2011 beschlossen, dass das bisherige Vorgehen eingestellt werden muss und sogar eine ideelle Entschädigung angedacht ist. Umgekehrt wurde festgestellt, dass in Baden-Württemberg der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann Bürger durch den Geheimdienst bis ins hohe Alter bespitzeln lässt, obwohl er 1975 selber von der Praxis der Berufsverbote betroffen war. Kretschmann hatte als Student an der Uni Hohen-

Sozialmeile in Erlangen



Zahlreiche Organisationen und Gewerkschaften, die im Sozialen Ratschlag in Erlangen vertreten sind, haben am vergangenen Samstag, 27.10.2012 eine Soziale Protestmeile in der Innenstadt Erlangens durchgeführt. Am Ende des Aktionstages versammelten sich OrganisationsvertreterInnen mit eigenen, von ihrer jeweiligen Organisation, gestalteten Plakaten zu einem gemeinsamen Plakatprotest. Die DKP Erlangen trat dabei mit der Forderung „Ausbildungsplätze statt Kriegseinsätze“ auf.